

Nummer 110

Februar 479

Freitag, den 13. Mai 1932

Februar 479

67. Jahrgang.

Deutscher Reichstag

Abstimmungen / Misstrauensanträge abgelehnt

Berlin, 12. Mai.

Die Sitzung wird vormittags 10 Uhr eröffnet. Ein vom Ausschuss abgeänderter Zentrumsantrag befragt: Verheiratete weibliche Reichsbeamte sind jederzeit auf ihren Antrag aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen und die vorgelegte Dienstbehörde kann die Entlassung auch ohne diesen Antrag verfügen, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint. Sie haben Anspruch auf eine Abfindung, die sich nach der Zahl der Dienstjahre richtet. Für den Antrag sprechen Abg. Dr. Böhler (Soz.), Frau Abg. Dr. Bäumer (Staatsp.) bedingt, Frau Abg. Dr. Weber (Ztr.), Frau Abg. Eitner (Chr.V.) und Frau Abg. Lehmann (Dnt.), die darauf hinweist, daß der Antrag einer alten Forderung der Deutschnationalen entspreche. Dagegen spricht Frau Abg. Reele (Komm.).

Der Antrag wird in 2. und 3. Lesung mit 460 gegen 73 Komm. Stimmen, also mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit, angenommen.

§ 8 des Schuldentilgungsgesetzes (Ermächtigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen für Arbeitsbeschaffung, zur Festsetzung des jeweils zu beschaffenden Betrags, sowie zur Beschaffung der Geldmittel im Weg des Zwihschensfalls bis 1. Oktober 1933 in Höhe der gezeichneten Beträge) wird mit 283 gegen 256 Stimmen bei einer Enthaltung und in der Schlussabstimmung mit 287 gegen 256 Stimmen angenommen.

Präsident Lohé teilt darauf mit, daß im Reichstagrestaurant ein als Gast anwesender Journalist von Abgeordneten und Nichtabgeordneten überfallen und geschlagen worden sei. Er habe Anweisung gegeben, die Täter festzunehmen. Nach dreiviertelstündiger Unterbrechung der Sitzung teilt Präsident Lohé mit, der Kellertentrat habe sich dahin geeinigt, daß die an dem Zwischenfall Beteiligten im Reichstagsgebäude zwecks Feststellung des Tatbestands vernommen werden sollen.

Die Abstimmungen nehmen ihren Fortgang. Abg. Dingeldey (DVP.) erklärt, seine Fraktion werde dem Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung zustimmen, ebenso dem Antrag auf Aufhebung des SA-Verbots; werde dieser Antrag angenommen, so werde seine Fraktion auch das Verbot des Reichsbanners ablehnen, weil dann eine gleiche Behandlung aller Verbände durch die übrig bleibende Rotverordnung ermöglicht werde. Sonst würde die Deutsche Volkspartei dem Antrag auf Auflösung des Reichsbanners zustimmen. Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Die Sozialdemokraten werden sämtliche Misstrauensanträge ablehnen, und zwar (Zurufe rechts: Aus Angst) deshalb, weil durch den Sturz der Regierung einer Partei der Weg zur Macht geöffnet würde, die politisch und moralisch die Voraussetzungen dafür nicht habe. (Lachen bei den Nat. Soz.)

Die Misstrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten gegen das Gesamtkabinett wurden in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde die Sitzung nach einem Mehrheitsbeschluss wegen des Zwischenfalls auf eine Stunde unterbrochen, und nach Wiederaufnahme der Sitzung vertagte sich das Haus, voraussichtlich bis 6. Juni.

Neue Nachrichten

Die NSDAP. wünscht Neuwahlen in Preußen?

München, 12. Mai. Die nationalsoz. Parteikorrespondenz bringt einen Artikel des preussischen Landtagsabg. Kubbe, der u. a. erklärt, der NSDAP. werde ein neuer Wahlkampf um und in Preußen nichts ausmachen. Wenn man ihr das Recht auf die Uebernahme der Macht im Staate Preußen entgegen den Bestimmungen der Verfassung weiter vorenhalte, so werde sie das „Zentrumskabinett in Preußen“ zu einer Neuwahl zwingen. Das Zentrum werde am 12. Mai (Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Brüning) wieder siegen, jedoch nur im Reichstag des 14. September 1930 und nicht in dem kommenden preussischen Landtag. Dort könne das Zentrum lediglich abwarten, was die nationalsozialistische Fraktion im Austrage Hillers tun werde. Die preussische Landtagsfraktion der NSDAP. sei „in einmütiger Geschlossenheit bereit, die Befehle des Chefs der Partei klug und entschieden durchzuführen.“ Es sei anzunehmen, daß das Zentrum nach Pfingsten gegen Beschreibungen und eine Fühlungnahme in Preußen nicht gefest sein werde. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion sei allerdings im Gegensatz zu der Ausnahme mancher einflussreicher Zentrumsstreife nicht verhandlungsfähig, denn warum sollten die Nationalsozialisten in Preußen nicht ohne das Zentrum regieren können?

Tagespiegel

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichsfanzler zum Vortrag.

Der Auswärtige Ausschuss sollte am Donnerstag nachmittags 4 Uhr unter Vorsitz des Abg. Dr. Fric zusammenkommen, um Mitteilungen des Reichsfanzlers über die außenpolitische Lage entgegenzunehmen. Außer den Mitgliedern der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten erschien jedoch niemand, so daß die Sitzung wegen Teilnehmerunfähigkeit aufgehoben werden mußte.

Die wegen der Schlägerei im Reichstagrestaurant festgenommenen nat.-soz. Abgeordneten Heines, Krauß (Döhr.), Weibel und Stegmann sind ins Polizeigefängnis gebracht worden und werden dem Schnellrichter zugeführt. Ihr „Gegenstand“ war der Kapitänleutnant a. D. Koch, früher Nationalsozialist, jetzt Reichsbannermann, der in einer Schrift gegen den SA-Führer Hauptmann a. D. Röhm Beschuldigungen erhoben hatte, die vom Gericht als unrichtig erklärt wurden.

Dr.-Ing. Albert ist zum Vorsitzenden des Vorstands des Norddeutschen Lloyd ernannt worden. Vom November 1922 bis 1923 war er Reichsdachminister und Reichskommissar für den Wiederaufbau im Kabinett Cuno. Im Jahr 1924 nahm er seine Anwaltspraxis wieder auf.

Der österreichische Nationalrat hat mit 80 gegen 77 Stimmen (Soz. und Heimatblock) die Auflösung beschlossen. Die Neuwahlen sollen im Oktober stattfinden.

Aus Washington wird gemeldet, Präsident Hoover werde den Klemens einen Plan, die Auslandsschulden an Amerika unter gewissen Bedingungen in Silber zurückzahlen, zur Prüfung vorlegen.

Amtsniederlegung Gröners

Er bleibt Innenminister

Berlin, 12. Mai. Reichsminister Gröner hat sein Amt als Reichswehrminister, jedoch nicht als Reichsinnenminister niedergelegt. Wie verlautet, ist der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. Röder, als Wehrminister in Aussicht genommen. Die Ernennung ist erst in der Woche nach Pfingsten zu erwarten.

Die Doppelstellung Gröners als Reichswehr- und Reichsinnenminister hatte sich schon lange als unzutraglich erwiesen. Das Reichsinnenministerium nahm ihn namentlich in den letzten Monaten so stark in Anspruch, daß er für sein eigentliches Amt kaum mehr eine Zeit vorfand. Ost wurde in der Presse auf das Gefährliche dieses Zustands hingewiesen. Die Trennung ist nun erfolgt; der Minister hat sich, wohl auf Wunsch des Reichsfanzlers, für das Innenministerium entschieden. Ob nun auch das zur Zeit vom Reichsfanzler verwaltete Außenministerium und das Wirtschaftsministerium endgültig besetzt werden, ist nicht bekannt.

Zwist in der Hamburger Bürgerchaft

Hamburg, 12. Mai. Die neugewählte Hamburger Bürgerchaft trat gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Obwohl die Nationalsozialisten als stärkste Fraktion Anspruch auf den Posten des Präsidenten der Bürgerchaft hatte, wurde die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidenten dadurch vereitelt, daß Sozialdemokraten, Staatspartei und Zentrum für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Dr. Buschewen stimmten, der mit 69 gegen 64 Stimmen, die für den nationalsozialistischen Gegenkandidaten abgegeben wurden, zum Präsidenten gewählt wurde. Die Nationalsozialisten ließen daraufhin erklären, daß die Fraktion für die Folge jegliche parlamentarische Mitverantwortung ablehne. Zu Vizepräsidenten wurden der Staatspartei Landahl und der Zentrumsabgeordnete Beyrich gewählt. Die zahlenmäßig überlegene Opposition ist nicht im Vorstand der Bürgerchaft vertreten.

Zuchthausstrafen für Landfriedensbruch

Dresden, 12. Mai. Am 28. April war es in Großenhain zu Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten gekommen, wobei 3 Nationalsozialisten durch Messerstiche schwer verletzt worden waren. Das Schöffengericht hat nun im Schnellverfahren von den Reichsbannerleuten einen Angeklagten zu 2 Jahren, einen andern zu 1 Jahr 3 Monaten und zwei weitere Angeklagte zu je 1 Jahr Zuchthaus, drei Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis und einen Nationalsozialisten zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Das Rätsel um Gorguloff

Paris, 12. Mai. Der Mörder der Präsidenten Doumer, Gorguloff, erklärte bei seiner gestrigen Vernehmung, die Aufzeichnung in seinem Tagebuch, daß er einen Anschlag in der Tschechoslowakei begangen habe und daß er an dem Raub des Söhnchens Lindberghs beteiligt gewesen sei, seien Phantasien. In dem Tagebuch findet sich auch eine Einzeichnung, daß Gorguloff den Reichspräsidenten v. Hindenburg ermorden wollte. Gorguloff gab vor dem Untersuchungsrichter weiter an, er habe bereits 1929 den Gedanken gefaßt, den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk zu ermorden. Als ihm 1930 die Genehmigung zur Ausübung der ärztlichen Praxis in der Tschechoslowakei verweigert worden sei, habe er eine Unterredung mit Masaryk nachgesucht, seinen Revolver aber nicht mitgenommen. Da der Präsident sehr freundlich war, habe er den Mordplan aufgegeben. Er habe übrigens auch den bolschewistischen Nachbarn Lenin und den Sowjetbotschafter in Paris ermorden wollen.

Ein in Louv lebender Russe erklärte vor dem Untersuchungsrichter, Gorguloff sei von Prag aus mehrmals nach Sowjetrußland gereist und habe bedeutende Geldsummen mitgebracht.

Großes Aufsehen erregt ein Bericht des „Matin“ über die Unternehmung. Danach hat ein russischer Gewährsmann behauptet, der Mörder Doumers sei gar nicht Gorguloff (er wurde in den amtlichen Berichten auch Gunduloff genannt). Ein Mann namens Gorguloff sei 1918 in Rußland von den Bolschewisten erschossen worden. Der Mörder heiße in Wirklichkeit Alexis Zolateroff, der bolschewistische Volkskommissar in Kuban (Rußland) war, wo auch der Gewährsmann des „Matin“ beheimatet war. Zolateroff habe sich die Papiere des 1918 erschossenen Gorguloff angeeignet und sei in Wirklichkeit Bolschewist, kein Falzist wie der wirkliche tote Gorguloff.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten für Doumer

Paris, 12. Mai. Nachdem gestern nachmittags die Einfargung des ermordeten Präsidenten Doumer in Gegenwart der Familienmitglieder und des Ministerpräsidenten Lardieu stattgefunden hatte, trafen heute früh von 7 Uhr an die amtlichen Persönlichkeiten, die am Trauerzug teilnahmen, im Elysee ein, unter ihnen Staatspräsident Verbrun, der König von Belgien, der Prinz von Wales, der Herzog von Asta, Prinz Karl von Serbien, der Kaiser von Annam, sowie die Vertreter der Staatsoberhäupter, darunter Botschafter v. Hoelch. Das Palais war mit schwarzem Sief behängt. Zahlreiches Publikum hatte bereits in den frühen Morgenstunden in den Straßen Aufstellung genommen, durch die der Leichenzug kam. Um 8 Uhr setzte sich die Spitze des Zugs durch die von Truppen abgesperrten Straßen nach der Notre-Dame-Kirche in Bewegung. Der Leichenzug war mit kleinen blau-weiß-roten Fähnchen geschmückt. Unmittelbar hinter dem Leichenzug schritten die Mitglieder der Familie des Präsidenten Doumer, seine persönlichen Freunde, die Mitglieder seines Militär- und Zivilkabinetts und Präsident Lebrun. Um 9.30 Uhr kam der Zug vor Notre Dame an, wo eine strahlende Feier von etwa einer Stunde stattfand. Der Generalkonsul von Paris, Monsieur Delabar, las die Messe und Erzbischof Kardinal Verdier erteilte die Absolution.

Von der Kirche begab sich der Leichenzug zum Pantheon. Hier hielt Ministerpräsident Lardieu die Gedächtnisrede. Zum zweiten Mal innerhalb 61 Jahren habe die Republik die traurige Pflicht, ihren ermordeten Präsidenten zu Grabe zu tragen. Paul Doumer sei während eines Dreivierteljahrhunderts ein lebendiges Sinnbild dessen gewesen, was die Demokratie leisten kann. Als Sohn des Volks habe er das Volk verteidigt, und mit ihm sei das ganze Volk durch die Augen, die ihn geblendet haben, getroffen. Für Doumer, dem vollendeten Typus des Demokraten, sei das demokratische Regime zu einer Ueberzeugung zu einem Instinkt geworden. Aber dieser Demokrat sei auch ein leidenschaftlicher Patriot gewesen.

Schweres Unglück bei einem Landungsversuch der „Acron“

Das amerikanische Riesenschiff „Acron“, das einen Übungsflug über das nordamerikanische Festland gemacht hat, konnte wegen des stürmischen Wetters auch am Mittwoch noch nicht landen. Ein Landungsversuch am Anfermoit in Camplarne (Kalifornien) mißlang. 200 Seeleute hatten die Haltertaue gelöst, aber das Luftschiff begann wieder zu steigen und riß die Haltemannschaften mit in die Höhe. Die meisten ließen in geringer Höhe die Leine los und stürzten zur Erde, ohne Schaden zu nehmen. Drei Mann wurden jedoch von dem immer höher steigenden Luftschiff mitgeschleppt. Einer stürzte angesichts einer Zuschauermenge von 5000 Personen von einer Höhe von 60 Metern ab, gleich darauf folgte der zweite, der sich wiederholt in der Luft überschlug. Beide waren sofort tot. Nur der dritte Mann hielt sich fest, während das Luftschiff wieder dem



